

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 6

Artikel: Lateinamerikanische Uebersicht. Niemand, der kein Doppelspiel betriebe
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092561>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sowjetische Zensur in Schweden?

(Fortsetzung von Seite 7)

Da die Pressefreiheit in Schweden nicht als Zierde der Verfassung, sondern als unanfechtbares Recht der Bürger gedacht ist, drangen die Russen mit ihrem Rat nicht durch.

Sie änderten die Taktik. In der Redaktion der Zeitung, in der K. als freier Mitarbeiter über die UdSSR schrieb, erschienen Schweden aus dem bürgerlichen Lager und machten auf die Vergangenheit K.s aufmerksam, der Kommunist gewesen sei, sich kriminell vergangen hätte, aus der Partei ausgeschlossen worden sei und sich bemühe, durch Schmähartikel am Bolschewismus Rache zu üben. Das Ganze stellte sich als böswilliger Tratsch heraus. K. konnte weiterschreiben, die Redaktion wurde aber mit anonymen Drohbriefen überschwemmt.

In letzter Zeit werden derartige «Kommunisten» als «Faschisten» abgestempelt. Das hat sich als wirksamer erwiesen und passt in die heutige Lage, wo der Kommunismus an gesellschaftlichem Ansehen gewinnt, wenn auch nicht im Volk, so in bestimmten Kreisen.

Verschlechtert hat sich die Situation für unabhängig denkende Journalisten. Wenn sie sich negativ über sowjetische Verhältnisse äussern, können sie ihre Arbeiten schon in vielen Zeitungen kaum anbringen, erhalten ihre Arbeiten in der Regel aus «Raummangel» zurück. Mündlich, aber nie schriftlich oder telephonisch wird ihnen bedeutet, dass die Artikel nicht objektiv seien, sich mit Dingen befassen, die den Leser nicht interessierten, den «kalten Krieg der Amerikaner» unterstützten, faschistisches Gedankengut verbreiteten usw. Bekannte haben mir erzählt, dass ihre unerwünschten Arbeiten von sowjetfreundlichen Redaktoren — wohl aus Mangel an besseren Argumenten — deshalb abgelehnt wurden, weil sie angeblich westdeutsche Ansichten vertraten! Eine Kategorie des Verbrechens, anscheinend.

Nun wäre es jedoch grundfalsch, anzunehmen, dass derartige zwischen ultralinks und rechts lazierende Zeitungen nur aus Vorliebe kryptokommunistischer Redaktoren für Moskau so handeln. Schweden hat es zum Wohl seiner Bevölkerung verstanden, sich seit den Napoleonischen Kriegen aus militärischen Konflikten herauszuhalten. Die heutigen Machthaber und manche Journalisten glauben, das auch in Zukunft erreichen zu können. Das ist insofern ein Denkfehler, als die UdSSR im Unterschied zum zaristischen Russland sehr weitgehende aussenpolitische Ziele verfolgt, deren nächstes in Europa in der Eroberung der Küsten des Atlantischen Ozeans liegt. Zweitens denkt Moskau beim heutigen Stand der Dinge nicht in erster Linie an ein militärisches Abenteuer in Europa, das so riskant wäre. Es hofft sein Ziel durch breite und geschickte Unterwanderung des Westens zu erreichen, zunächst Westdeutschlands, Frankreichs und der nordischen Länder mit Schweden an der Spitze. Die grösste Gefahr für das heutige Schweden und sein Eigenleben liegt in der Naivität nicht der Regierung, sondern eines Teils der Presse und der durch sie beeinflussten Leser, die auf Schwindeleien raffinierter Agenten leicht hereinfallen.

Um seinen Wünschen Nachdruck zu verleihen, greifen sowjetische Blätter hin und wieder schwedische Menschen und Zustände an. Die Jugend sei verkommen (Prostitution, Pornographie,

Trunkenheit, Rauschmittelsucht), behauptete Ende 1969 die «Komsomolskaja Prawda». Die Stellung der Frau sei ebenso unerträglich wie die der Neger in den USA und der türkischen, italienischen und anderer Fremdarbeiter in Schweden («Sowjetskaja Estonija» im Herbst 1969). Sowjetfreundliche Blätter wiederholten diese Aussagen wortgetreu, statt sie mit Stillschweigen als Propaganda zu übergehen.

Besonders eifrig nimmt sich die Sowjetpresse des neuen Ministerpräsidenten an («Za rubeschom»). Moskau weiss, dass ihm nicht die Handvoll Neofaschisten oder die gesamte bürgerliche Opposi-

tion in Schweden gefährlich sein kann, die völlig zerspalten ist, sondern einzig die Sozialdemokraten. Diesen Standpunkt des Kremls kannte Erlander, der kürzlich pensionierte Ministerpräsident. Der alte und erfahrene Politiker ist fort, und Moskau versucht jetzt, seinen jungen Nachfolger vor seinen Wagen zu spannen.

Taktik und Denkrichtung der UdSSR stellen nichts Aussergewöhnliches dar. So handeln alle Weltmächte. Das Ungewöhnliche besteht darin, dass ihr — lange nicht nur in Schweden! — fortlaufend Glauben geschenkt wird, trotz ständigen Missbrauchs des Vertrauens. ■

Lateinamerikanische Uebersicht

Niemand, der kein Doppelspiel betriebe

Von Alphonse Max

Wie sehr die Sowjetunion daran interessiert ist, die bestehenden «oligarchischen» Regimes in Lateinamerika zu erhalten, und wie wenig Interesse sie an einer zusätzlichen Kommunisierung hat, kann man daraus schliessen, dass just vor den Wahlen in Chile der christdemokratische Präsident Eduardo Frei eine Einladung zum Besuch in die Sowjetunion erhalten hat. Es ist offensichtlich, dass der Kreml kein Interesse hat, seine eigenen Kader ans Ruder kommen zu lassen, weil er genau weiss, dass dies unweigerlich eine Reaktion hervorrufen würde — sei es intern oder innerhalb der Organisation Amerikanischer Staaten, die ja auch dazu geschaffen wurde, um extrakontinentale Einflüsse zu bekämpfen. Das demütigende Eingeständnis Kubas, dass es die lateinamerikanischen Guerrillas nicht mehr finanzieren will (ganz gleich, ob dies in vollem Masse zutrifft oder nicht) zeugt davon, dass die Partisanenbewegung in Lateinamerika versagt hat und der Kreml sich rechtzeitig von dieser Hypothek befreien will.

Andererseits sieht sich die Sowjetunion gezwungen, Kuba sowohl weiterhin in grossem Masse wirtschaftlich zu unterstützen, als auch militärisch auszurüsten. Bei einem Besuch des kubanischen Vize-Aussenhandelsministers in Moskau wurde ein sowjetisch-kubanisches Handelsprotokoll für das Jahr 1970 abgeschlossen, das einen Handelsaustausch in Höhe von 1,2 Milliarden Rubel vorsieht, rund 50 Prozent höher als im vergangenen Jahr. Für 5 Millionen Tonnen kubanischen Zucker will die Sowjetunion Rohöl, Erdölprodukte, Lebensmittel, Maschinen und Anlagen an Kuba liefern. Ferner hat die Sowjetunion Kuba im Rahmen eines Plans, die Militärhilfe beträchtlich zu erhöhen, moderne Land—Luft-Raketen geliefert. Während Sprecher des Pentagons erklären, dass keine Beweise vorlägen, dass in Kuba Angriffsraketen installiert worden seien und dass das gegenwärtige kubanische Militärpotential keine Bedrohung der Sicherheit der Hemisphäre darstelle, behaupten kubanische Flüchtlinge, die Russen hätten Angriffsraketen in Berggrotten und Höhlen getarnt.

Kuba muss salonfähiger Partner werden — sonst reizt es zu verbotenen Spielen

Als neuester Fürsprecher für die Wiederaufnahme von Beziehungen der amerikanischen Staaten zu Kuba machte sich der Regierungschef von Trinidad-Tobago auf der CIES-Konferenz in Caracas (Venezuela) bemerkbar; er kann vor allem auf die Unterstützung Jamaikas rechnen.

Beide zum britischen Commonwealth gehörenden Inselstaaten waren noch keine OEA-Mitglieder, als die interamerikanische Organisation beschloss, sämtliche Beziehungen zu Kuba zu unterbrechen; sie mussten diese Unterbrechung jedoch als Bedingung annehmen, um in die OEA

aufgenommen zu werden. Chile und Venezuela treten als christlichsozial regierte Staaten für die Wiederaufnahme von Castro in die Organisation Amerikanischer Staaten auf, obgleich Venezuela beteuert, nichts ohne Zustimmung der anderen amerikanischen Staaten zu unternehmen.

Anders liegt der Fall Chile, ein Land, das vor dem gegen Castro verhängten Boykott 80 Prozent sämtlicher Einfuhrgüter Kubas lateinamerikanischen Ursprungs lieferte. Chiles Aussenminister Gabriel Valdés schlug vor, den Boykott gegen Kuba auf dem wirtschaftlichen Sektor zu beenden, da Castro keine Gefahr mehr für den Rest des Kontinents bedeute. Wenige Tage darauf wurde bekannt gemacht, dass Chile 1300 Tonnen Knoblauch, 2500 Tonnen Zwiebeln und 6000 Tonnen Bohnen (im Wert von zusammen zirka 3 Millionen Dollar) im Laufe dieses Jahres an Kuba liefern würde; das Geschäft sei bereits abgeschlossen, und für das Jahr 1971 seien entsprechende Verträge für ähnliche Lebensmittel im Werte von 8 Millionen Dollar vorgesehen. Der Sprecher der chilenischen Regierung, der Vizepräsident der Bodenreform-Korporation, Rafael Moreno Rojas, betonte, dass der Verkauf nicht die Blockade-Bestimmungen verletzt, da diese die Lieferung von Medikamenten und Lebensmitteln gestatten.

Dagegen nahm Kolumbiens Präsident Carlos Lleras Restrepo offen gegen die offiziellen chilenischen Erklärungen Stellung und erklärte, dass sein Land diese keinesfalls teile. In diplomatischen Kreisen in Bogota war man überdies der Ansicht, dass die Erklärungen der Regierungsmitglieder Chiles zu Wahlzwecken erfolgt seien, um unter den linksgerichteten Kreisen und den Kommunisten Stimmen für den offiziellen Präsidentschaftskandidaten Radomiro Tomic zu gewinnen.

In Santiago wird spekuliert, dass der gegenwärtige Präsidentschaftskandidat der Christdemokraten, Radomiro Tomic, mit Unterstützung der KP vom Aussenminister Gabriel Valdés ausgebootet werden könnte. Allerdings werden die Gerüchte, wonach es noch vor den im September stattfindenden Wahlen zu einem Abkommen zwischen den Christdemokraten und den Kommunisten kommen könnte, als unwahrscheinlich bezeichnet.

Eine «Capitana del Pueblo» im Stile von Evita

Auch in Kolumbien ist die Wahlkampagne in vollem Schwung. Der Vorsitzende der Gewerkschaftszentrale UTC, Tulio Cuevas, erklärte, dass die kommunistische Infiltrierung bis in die Regierung gedungen sei und von der sowjetischen Botschaft geleitet werde. Im Hinblick auf die kommunistische Gefahr sehe sich die Gewerkschaftszentrale veranlasst, bei den kommenden Präsidentschaftswahlen mit einem eigenen Kandidaten, Belisario Betancur, aufzuwarten.

Siegessicher gibt sich auch der frühere kolumbianische Diktator Gustavo Rojas Pinilla, der 1968 seine politischen Rechte wieder zugesprochen bekam, nachdem sie ihm auf zehn Jahre entzogen worden waren wegen «unwürdiger Haltung im Amt», die ihn allerdings zum Multimillionär machte. Als feurigste Fürsprecherin für den Ex-Diktator erweist sich seine 37jährige Tochter Maria Eugenia, die einen Sitz im Senat innehat und mit dem Senator Samuel Moreno Diaz verheiratet ist. Die vitale und temperamentvolle Maria Eugenia, die oft mit Eva Peron verglichen wird und der man den Namen «Capitana del Pueblo» (Kapitänin des Volkes) gegeben hat, weist alle Beschuldigungen von Veruntreuung von Geldern für soziale Einrichtungen, die ihr anvertraut waren, zurück, und verweist dagegen auf die Zeit, als ihr Vater den Präsidentschaftssessel innehatte. «Damals haben viele arme Leute das grösste Geschenk ihres Lebens bekommen — nicht etwas Billiges, nein, wunderbare importierte Spielwaren... Jetzt verschenken die Oligarchie-Kandidaten kaum die gebrauchten Sachen ihrer Kinder.» Der Vergleich der ihren eigenen Hubschrauber fliegenden, aber auch auf Maultieren in abgelegene Gegenden reisenden Maria Eugenia Rojas de Moreno mit Eva Duarte de Peron scheint also kaum ganz unbegründet zu sein.

Die Mehrzahl der politischen Beobachter in Kolumbien urteilt allerdings nicht so «optimistisch» wie Rojas Pinilla (der 1962 mit seiner ANAPO-Partei 50 000 Stimmen, vier Jahre darauf jedoch schon 850 000 Stimmen erhielt, und nun mit 1,2 Millionen rechnet) und meinen, dass der Kandidat der Regierung, Misael Pastrana Borrero (auch ohne importiertes Spielzeug), mit Abstand siegen werde.

Entführungen durch Guerillas führen zu Rechtsrutsch in den Wahlen

Guatemala ist der zweite mittelamerikanische Staat, in dem dieses Jahr Präsidentschaftswahlen stattfanden. Die Wahlen machten diesmal den Eindruck, demokratisch durchgeführt worden zu sein, nachdem der bisherige Präsident, zum erstenmal in vielen Jahren, seine vierjährige Amtszeit absitzen konnte.

Von den drei hauptsächlichsten Kandidaten konnte keiner die absolute Mehrheit erringen, weshalb das Parlament die Wahl entscheiden

musste. Dieses stimmte, wie vorausgesehen, für denjenigen Kandidaten, der die einfache Stimmenmehrheit auf sich vereinte, nämlich Carlos Arana Osorio (42,9 Prozent). Dass es ausgerechnet der Kandidat der Rechtsparteien Arana Osorio war, der diese Mehrheit erreichen konnte und seinen von der Regierung unterstützten Konkurrenten überraschenderweise um mehr als 40 000 Stimmen (234 000 gegen 194 000) schlagen konnte, ist ein bemerkenswertes Symptom. Für seinen Sieg darf sich Arana an erster Stelle bei der linksradikalen maoistischen Terrororganisation FAR bedanken, die ihm durch die Entführung des Aussenministers Fuentes Mohr und die dadurch erpresste Freilassung eines ihrer geschnappten Mitglieder wenige Tage vor dem Gang zu den Urnen eine nicht zu unterschätzende Wahlhilfe geleistet hat. Viele Wähler, die sich bis dahin noch nicht entscheiden konnten, stimmten für Arana und sein Programm zur Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung.

Grenzzwischenfälle kommen wieder in Mode

in Guyana (früher Britisch-Guayana) wurde am 22. Februar die vollständige Unabhängigkeit gefeiert. Das neue Land sieht sich einer Reihe von gravierenden Problemen gegenüber: Der Streit mit Venezuela, das über die Hälfte des guyanischen Territoriums für sich beansprucht; auch Surinam (Holländisch-Guayana) macht Gebietsansprüche, allerdings in kleinerem Ausmasse, geltend. Ferner besteht eine hohe Arbeitslosenziffer in dem rassengemischtem Staat, der 1831 von König William IV. zur britischen Kolonie gemacht wurde, in dem Abkömmlinge von weissen Kolonialisten, Negerklaven und ostindischen Einwanderern leben.

Die neue Regierung der Republik Guyana und Venezuela tauschten schon energische Protestnoten aus, in denen sie einander beschuldigen, entlang der gemeinsamen Grenze bewaffnete Zwischenfälle provoziert zu haben. Ein Communiqué des guyanischen Verteidigungsministeriums erklärte, dass die auf der Grenzinsel Anacoco stationierten venezolanischen Truppen Mörser- und Maschinengewehrfeuer gegen guyanische Grenztruppen, Polizeiposten und private Grundstückbesitzer richtete, als diese anlässlich der Ausrufung Guyanas zur Republik lärmig dieses Ereignis feierten.

Aber nicht nur im Norden, auch im Süden des südamerikanischen Halbkontinents ereigneten sich Grenzzwischenfälle, wenngleich diese von beiden Seiten eher als «Angelegenheiten für die Polizei» bezeichnet wurden. Chilenische Viehdiebe und Schmuggler üben seit Jahrzehnten an der patagonischen Grenze ihre Tätigkeit aus, der die argentinische Gendarmerie entgegentritt, wo sie kann. Das ist bei der Länge dieser Andengrenze nicht leicht, denn Argentinien kann kaum ganze Armeekorps aufstellen, um diese illegale Beschäftigung zu unterbinden. Neben den bekannten und auf Karten eingezeichneten Pässen gibt es zu viele Geheimpfade und Schmuggelwege, die selbst vom Luftwege aus nicht zu erkennen sind. Wenn daher eine Bande von Viehdieben gestellt wird, die ohne Kaufvertrag Schafe aus Argentinien nach Chile treiben, wird nicht lange verhandelt. Die Diebe wissen, was ihnen blüht, und schiessen. Dasselbe tun die Gendarmen. So entsteht ein sogenannter Grenzkonflikt, wie er vor einigen Wochen am Paso Valdez stattfand, wo allerdings einige der argentinischen Polizisten die

Diebe bis über die chilenische Grenze verfolgten und auch dort noch auf sie schossen.

Pressefreiheit mit Spezialrubriken

Nachdem den Peruanern zum Jahresende ein neues «Pressegesetz» präsentiert wurde, das die Pressefreiheit erheblich einschränkt, beeilte sich nun auch die bolivianische Regierung, ein Gesetz bezüglich der Presse zu erlassen, mit dem Ziel, «die Bedingungen für eine uneingeschränkte Freiheit der Meinungsäußerung zu schaffen».

Das von Präsident-Diktator Ovando unterschriebene Dekret sieht das Erscheinungsverbot aller Tageszeitungen am Montag vor, wodurch das Personal in den Genuss eines arbeitsfreien Sonntags kommt. Um den Lohnausfall des freien Tages auszugleichen, wird den Pressegewerkschaften jedoch erlaubt, an Sonntagen eine jeden Montag erscheinende gewerkschaftliche Wochenschrift «Hoja de los Lunes» (Montagblatt) vorzubereiten, deren Erlös teilweise für die Angestellten und Arbeiter bestimmt ist. Die Wochenschrift soll sich in sämtlichen Gegenden des Landes in ein Sprachrohr der Gewerkschaften verwandeln. Die Herausgeber sind verpflichtet, für ihre Journalisten einen gleich grossen Raum wie den des Leitartikels zu reservieren, in dem die Journalisten ihre eigene Meinung, auch wenn sie von derjenigen der Zeitung abweicht, veröffentlichen dürfen. «Jede Zurückweisung oder Zensur von unterschriebenen Kommentaren für die den Arbeitern obligatorisch zur Verfügung zu stellenden Spalten ist verboten», heisst es in dem Dekret. Ähnliche Vorschriften gelten für die Radio- und Fernsehunternehmen, die ihren Angestellten täglich eine 3—5 Minuten dauernde Sendezeit zur Verfügung stellen müssen. ■



Von Castro im Stich gelassen: Der venezolanische Guerillaführer Douglas Bravo erhält keine Waffenhilfe aus Kuba mehr und nennt nun Castro einen Verräter der bewaffneten Aufstandsbewegung in Lateinamerika.

(Karikatur «Demana», Caracas)